

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badische Presse. 1890-1944 1921**

537 (17.11.1921) Abendausgabe



Verlags-Betrieb: In Karlsruhe: Am Verlag und in den Zweigstellen abwärts monatlich M. 7.50, frei ins Haus geliefert M. 8.70.

Badische Presse

und Handels-Zeitung.

Verbreitetste Zeitung Badens.

Beilagen: Sportblatt / Technik u. Industrie / Frauenzeitung / Stener-Kundschau / Feld u. Garten / Reise- u. Väderzeitung / Bolla u. Heimat

Verantwortliche Redakteure: Kurt Walther, Schneider, Verantwortliche Redakteure: Kurt Walther, Schneider, Kurt Walther, Schneider.

Verleger: Kurt Walther, Schneider, Geschäftsstelle: Nr. 86, Redaktion: Nr. 209 und 319.

Die englisch-irische Frage.

II. London, 17. Nov. (Drahtbericht.) Die irische Krise bleibt weiter in der Schwebe. Der „Temps“ bringt eine Manifestation, die erwähnenswert ist. Der Arbeitsminister der Ulsterregierung, Andrews, hat gestern in Belfast nach seiner Rückkehr aus London erklärt, das britische Kabinett habe versucht, Ulster unwürdig zu verteidigen, indem es die Schaffung eines vereinigten Parlaments für ganz Irland anzunehmen vorgeschlagen habe.

Die Sinnfeiner ihrerseits haben auch ihre Stimme erhoben. Einer ihrer Benennungsmächtigen in London hat erklärt, wenn die Gegenwärtigen von Ulster auf die Schaffung eines Gesamtirischen Parlaments nicht eingingen, dann müßten sie als unannehmbar angesehen werden; sie würden in einem solchen Falle überhaupt nicht einmal diskutiert werden. Man sieht den Abgrund zwischen diesen beiden Gesichtspunkten. Andererseits hatten Lord Middleton und noch sechs andere Unionisten, die Anhänger der irischen Einheit sind, gestern eine Konferenz von langer Dauer mit Lloyd George. Diese Zusammenkunft hat ihre Bedeutung besonders darin, daß Lord Middleton die autoritative Persönlichkeit aus der großen Gruppe der Unionisten ist, die einer Abtrennung Ulsters feindlich gegenübersteht. Die Politik, die er immer gepredigt hat, ist die, daß das britische Kabinett geschlossen hat. Man nimmt an, daß diese Repräsentanten des Südens die Aufgabe haben werden, den Vermittler zwischen diesen beiden rivalisierenden Interessen zu spielen. Es ist ferner mitzuteilen, daß Bonar Law gestern Lloyd George einen längeren Besuch abgestattet hat. Diese Zusammenkunft wird in hiesigen politischen Kreisen stark kommentiert, besonders im Hinblick auf die Rolle, die Bonar Law bei der kommenden Konferenz in Liverpool zu spielen beabsichtigt wird und evtl. wegen seiner neuen Rolle als Chef der konservativen Oppositionspartei.

III. Belfast, 17. Nov. Herr M. T. W. Brown, Mitglied des Parlaments und Repräsentant des irischen Nord, hat sich entschlossen, seinen Posten als Attorney-General von Irland aufzugeben, weil er die irische Politik der Regierung Lloyd George nicht billigt.

Der Unionistenkongress in Liverpool.

V. Basel, 17. November. (Drahtmeldung unseres eigenen Berichters.) Heute trat in Liverpool der unionistische Kongress zusammen, dessen Beschlüssen vom ganzen Lande mit großer Spannung entgegengekehrt wird. Erwartet man doch von ihnen unter Umständen das Signal zur politischen Umgestaltung Großbritanniens. Eine Londoner Meldung der Schweizerischen Blätter behauptet, daß man die unionistische Partei den Druck mit der Koalition gegen die in der irischen Frage vorgeschlagene Regelung beschließt, Balfour von Washington zurückzuziehen würde. Lloyd George sei nach Ansicht der Tories und der extremfranzosenfreundlichen Richtung kompromittiert. Für den Fall, daß eine Lösung in der irischen Frage nicht gefunden werde, sollen allgemeine Wahlen ausgeschrieben werden, die, wie man in unionistischen Kreisen hofft, zur Bildung einer rein unionistischen und konservativen Regierung führen würden. Diese Hoffnung werde in Kreisen der Labour Party und der Unabhängig-Liberalen nur mit einem gewissen misstrauischen Lächeln betrachtet.

Über 1500 Abgeordnete der unionistischen Vereinigung Großbritanniens und Irlands, gegen 200 Unterhausmitglieder und 20 Oberhausmitglieder sowie Sir Worthington Evans und Chamberlain sind bereits in Liverpool eingetroffen. Letzterer wird an den Kongressverhandlungen nicht teilnehmen. Die heutige Tagung wird mit der Diskussion darüber beginnen, ob das Tadelnotium der konservativen gegen die Regierung auf die Tagesordnung zu setzen sei oder nicht. Es wird darin gegen die Regierung der Vorwurf erhoben, sie wolle Ulster um die in der Home-rule von 1920 gewährleisteten Rechte bringen.

Lloyd George hat sich für einige Tage zur Erholung nach Bournemouth begeben, wo er bis zum Sonntag zu verweilen gedenkt. Er verfolgt von dort aus in aller Ruhe die Entwicklung der Ereignisse, die über sein politisches Schicksal eventuell entscheiden werden.

Die Spannung zwischen England und Frankreich.

II. Paris, 16. Nov. (Drahtbericht.) Infolge des Abschlusses des französisch-amerikanischen Abkommens hat die Spannung zwischen England und Frankreich stark zugenommen. Lord Curzon ist stark erregt über die Art und Weise, wie er von dem Verlauf der Verhandlungen durch den französischen Botschafter in London und auch durch den Quai d'Orsay unterrichtet worden ist. Er hat seine Zustimmung der französischen Regierung ausgesprochen lassen und hat dabei zu verstehen gegeben, daß das weitere Verbleiben des Herrn St. Aulaire als Botschafter in London der englischen Regierung nicht genehm sei. — Laut Genfer Informationen soll die französische Regierung beschlossene haben, den Herrn St. Aulaire zurückzuberufen und in der Leitung der auswärtigen Angelegenheiten im Quai d'Orsay unterzubringen, ebenso den Direktor des Auswärtigen Amtes, Berthelet, zu verlesen, der zum Gesandten in Lissabon ernannt werden soll.

Nom über den Aporgervertrag.

A. London, 17. Nov. (Eigener Drahtbericht.) „Daily Telegraph“ sagt, es besteht aller Grund zu der Annahme, daß die italienische öffentliche Meinung den gleichen Standpunkt wie England, zu dem Vertrag von Anzora einnehmen wird. Rom ist sogar skeptischer als selbst London gegenüber der Wahrscheinlichkeit, daß Anzora seine Verpflichtungen erfüllt sowohl hinsichtlich seiner Einstellung der Feindseligkeiten an der syrischen Grenze als auch hinsichtlich der Frankreich verschonenden Zugeständnisse des Außenministers von Anzora. Die italienische Diplomatie beklagt das Abweichen vom Grundsatz des gemeinsamen Vorgehens der Alliierten im nahen Osten und gibt zu, daß eine alliierte Vermittlung im griechisch-türkischen Kriege durch das Vorgehen Frankreichs äußerst schwierig wird, da es sich außer Wettbewerb als Vermittler gefehlt habe.

Völkerbund und Albanien.

V. Basel, 17. Nov. (Drahtmeldung unseres eigenen Berichters.) Der Völkerbundsrat trat gestern in Paris zusammen, um über die Beschwerde Englands wegen des Vordringens von Jugoslawien in Albanien zu beraten. Frankreich erhob Einspruch gegen die von der Völkerbundsversammlung erlassene Grenzfestsetzung Albanien, da diese von allen Hauptmächten erlassen worden müßte. Der Beschluß der Völkerbundsversammlung weist, da Amerika nicht daran be-

teiligt sei und die an der Grenzfestsetzung interessierten Staaten nicht gehört worden seien, formelle und inhaltliche Gebrechen auf.

Die Aussichten der Zuder-, Kartoffel- und Margarin-Verförgung.

II. Berlin, 17. Nov. (Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.) Der Ausschuß des Reichswirtschaftsrates für Landwirtschaft und Ernährung hat nach Besprechungen mit Sachverständigen und Prüfung der gegenwärtigen Verhältnisse einen Beschluß gefaßt, in dem es über die Zuder-, Kartoffel- und Margarinverförgung heißt:

Die Rüßenzuderernte ermöglicht voraussichtlich die Herstellung von 323 Millionen Zentner Verbrauchs-zuder im laufenden Erntejahre. Das sind rund 20 Kilo Zuder pro Kopf und Jahr, den Zuder für gewerbliche Zwecke eingeschlossen oder annähernd die gleiche Menge, die auch in der Vorkriegszeit verbraucht wurde. Die gegenwärtig herrschende Zuderknappheit hat ihre Ursache danach nicht in ungenügender Ernte, sondern in den Besonderheiten der Lebenszeit vom alten zu neuem Erntejahre. Die Bedürfnisse der Verbraucher können voll befriedigt werden. Der Preis für Weißzuder beträgt gegenwärtig bei den Verbandsfabriken ohne Fracht- und Sackgebühren 350-375 M für den Zentner. Es müßte deshalb möglich sein, im Kleinhandel den Zuder mit etwa 5 M für das Pfund zu verkaufen. Eine Befreiung der zuderverarbeitenden Industrie in einem Maße, das die Verförgung der Bevölkerung mit Mundzuder gefährdet, muß verhindert werden. Der Ausschuß hat mit Befremden festgestellt, daß allen genossenschaftlichen Verflechtungsorganisationen der Verbraucher, Händler und Gewerbetreibenden der von ihnen benötigte Zuder ganz oder teilweise planmäßig vorenthalten wird. Es wird sofortige ausreichende Befreiung dieser Stellen sowie die Errichtung eines Bezirkes, in dem Verbraucher und Genossenschaften vertreten sind, gefordert. Der Ausschuß erachtet es für erforderlich, daß alle Mittel angewandt werden, mit denen eine schnelle Ausdehnung des Zuderertrages und eine erhebliche Steigerung der Zuderproduktion erzielt werden kann.

Die Kartoffelernte ergibt nach den vorläufigen Schätzungen, etwa 27 Mill. Tonnen, etwa 10 Mill. Tonnen weniger als auf dem gleichen Gebiet in der Vorkriegszeit im Durchschnitt geerntet wurde. Die Ernte ist außerdem sehr ungleich, unregelmäßig, wider Aufkauf, an dem sich vor rein spekulativen Absichten geleitete Elemente, sowie Abgabe von sehr zahlungskräftiger Groß-Verbraucher (Industrie), die für die Arbeiter eintausen lassen) beteiligt sind, trägt neben den Transporterschwerigkeiten und Angstkäufen einzelner Teile der städtischen Bevölkerung die Hauptschuld an den hohen Preisen, die nach dem Urteil aller Sachverständigen nicht über 50-60 M für den Zentner (Erzeugerpreis) hinausgehen dürften. Es ist dringend geboten, daß dem wilden Aufkaufswesen ein Ende bereitet und unberechtigt hohen Preisen mit der Wassergesetzgebung zu Leibe gegangen wird. Trotz der im Vergleich mit der Vorkriegszeit recht geringen Kartoffelernte wird es möglich sein, den Bedarf an Speisekartoffeln zu decken. Jedenfalls reicht dazu die Ernte aus. Es ist aber nicht zu verkennen, daß der Zusammenhang zwischen zu geringer Kartoffelernte, Futtermittelschwierigkeiten wegen schlechter Ernte und hohen Preisen ausländischer Futtermittel infolge des schlechten Standes der Baluta, sowie relativ hoher Schweinebestände in einzelnen Gegenden Deutschlands die Kartoffelverförgung erschweren. Kartoffelerzeuger, Kartoffelhändler, Beförderer und Verbraucher sollten in einschichtigem Zusammenarbeiten bemüht sein, die hier vorhandenen Schwierigkeiten zu beseitigen. Im übrigen ist aber auch hier eine dauernde Befreiung der Abnehmer nur durch Erreichung und Erhöhung der in der Vorkriegszeit üblichen Erntemengen zu erzielen.

Die Verhältnisse auf dem Margarinmarkt ließen es dem Ausschuß als unangenehm erscheinen, ins Einzelne gehende Vorschläge zu machen. Die Aussprache ergab, daß bei der Abhängigkeit der Margarinindustrie von ausländischen Rohstoffen und Halbfabrikaten, die nahezu vollständig eingeführt werden müssen, die Preisbildung für das fertige Produkt im Inlande entscheidend durch die Weltmarktpreise für die Rohstoffe und Halbfabrikate und durch den Stand der deutschen Baluta bestimmt werden.

Die nächste Reparationszahlung.

II. Berlin, 17. Nov. (Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.) Zu der Meldung, daß die deutsche Regierung angehtlich der für die nächste Reparationszahlung erforderlichen Devisenbetrag bis auf einen Restbetrag von 40 Mill. Goldmark bereits beschafft habe, erfahren wie von ausländischer Stelle, daß sich die Regierung zwar die allergrößte Mühe gibt, den erforderlichen Betrag rechtzeitig bereitzustellen, andererseits ist aber darauf hinzuweisen, daß sich der Devisenmarkt nicht in der Verfassung befindet, so weitgehend Vorräte zu treffen, wie in der angeführten Meldung zum Ausdruck gebracht war.

Frankreichs Furcht vor der Abrüstung.

II. Paris, 17. Nov. (Drahtbericht.) Nachdem nunmehr nach den Berichten aus Washington auch die Frage der Abrüstung zu Lande in den nächsten Tagen der Konferenz gerückt ist, beginnt die französische Presse sich eingehend mit dieser Frage zu beschäftigen. In dem heutigen „Journal“ schreibt St. Brice einen längeren Leitartikel über diese Frage, in dem es heißt:

Wenn die Vereinigten Staaten die Initiative zu einer Reduzierung der Rüstungen zur See ergreifen haben, so geschähe das darum, weil, wie sie selbst gesagt haben, sie keinen Grund zur Furcht hätten. Die Nebenabsicht der beiden Ozeane, die sie umgeben, schützt sie, und die Überwachung ist leicht. Wie verschieden hiervon ist jedoch die Lage Frankreichs. Es liegt im Kontakt mit einem Volk, das es vielmals in einem Jahrhundert mit Krieg überzogen hat und das dauernd den Willen gezeigt hat, Frankreich zu vernichten; das mit seinem schrecklichen Vorhaben um ein Haar Glück gehabt hätte und das seinen Mißerfolg nur dem Dazwischentreten der Niederlage mächtig dieses Volk seine Hoffnung auf Ruhe nicht. Ohne Zweifel ist es auf dem Papier entworfen, aber der Krieg von morgen wird mit anderen Waffen geführt als der von gestern und eröffnet der Erfindungs- und Ingenieur- und Chemiker ein riesenhaftes und unerlöschliches Feld; außerdem hat Deutschland gegenüber Frankreich den überaus großen Vorteil einer fast doppelt so großen Bevölkerung. Wie könnten wir in unserer Lage das Gleichgewicht anders wiederherstellen als durch starke Vorkehrungsmaßnahmen?

Das Abkommen über die Insel Yap.

II. Washington, 17. Nov. (Drahtbericht.) Amerika und Japan haben das endgültige Abkommen über die Insel Yap unterzeichnet, jedoch soll vor Bekanntgabe die Zustimmung der Signatarmächte des Versailler Vertrages erwartet werden.

Umschau.

17. November 1921.

Es war vorauszu sehen, daß die Bedingungen, die von der Industrie an die Kreditaktion geknüpft worden sind, Anlaß zu parteipolitischer Bewertung und zu absichtlichen sowohl wie zu unbewußten Mißverständnissen führen würden. Diese Gefahr muß um so mehr bekämpft werden, als gewisse historische und wirtschaftsgeschichtliche Parallelen zur heutigen Lage Deutschlands vorhanden sind. Es geschieht in Deutschland ja nicht zum ersten Mal, daß die Zentralgewalt aus außenpolitischen Ursachen an Autorität verliert und auf die intakten wirtschaftlichen Mächte angewiesen ist, die in der Regel außenpolitische Katastrophen besser überleben als die Zentralgewalt des Reiches. Was sich dann vollzieht, geschieht gewissermaßen gemäß dem Gesetze der Schwerekraft: in das Vakuum staatlicher Autorität ergießt sich die vorhandene Macht wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Verbände. Wer also etwa der Industrie den Vorwurf machen wollte, daß sie dem Reich gewissermaßen als neugeborene Macht gegenüberträte, der muß denselben Vorwurf auch den Gewerkschaften machen, die seit Jahr und Tag eine ähnliche Stellung einnehmen. In Wahrheit handelt es sich dabei nicht um eine Frage gegen den Staat, sondern um das zwangsläufige Ergebnis einer politischen Entwicklung, die, sei sie nun lieb oder leid, einfach da ist und deren Konsequenzen wir uns durch theoretische Zergliederungen nicht werden entziehen können. Außer der mühsam getretten, ständig durch französische Quertreibereien und durch innerpolitische Gegensätze bedrohten, angegriffenen der Gebietsverluste und Deutsch-Oesterreichs auch noch unvollständig deutschen Einheit haben wir aus dem Zusammenbruch des Jahres 1918 nicht viel mehr gerettet, als die Intaktheit der deutschen Produktion, die wieder zum Teil auf dem Glücksfall beruht, daß ihre Zentralgebiete keine Schlachtfelder gewesen sind, zum Teil auf der ungedrohten Kraft der Unternehmer und auf der trotz aller Streikzwischenfälle doch wieder hergestellten Arbeitswilligkeit des werktätigen Volkes. Es ist selbstverständlich, daß dieser einzig intakt gebliebene wirtschaftliche Machtfaktor Deutschlands, auch ohne daß er es bewußt will, die Breisde füllen muß, die der außenpolitische Zusammenbruch geöffnet hat. Wer aber höhere Pflichten bekommt, hat auch Anspruch auf höhere Rechte und macht diesen Anspruch instinktiv geltend. Politisch läßt sich der kritische Zeitpunkt, der heute auch abgesehen von dem Reparationsproblem für Deutschland da ist, am besten vergleichen mit der Epoche, in der die Territorialherren mehr und mehr gegen die alten Stammesherzogtümer an Rechten und Macht gewannen, um schließlich aus der Konzentration der Stämme, die bis dahin die Grundlage der Reichsverfassung gewesen war, einen zuerst engeren, dann loseren Bund der Territorialherren zu machen; diese Entwicklung begann in der Höhenstaufenzeit und endete verfassungsrechtlich mit der goldenen Bulle Karls des Vierten, die nur bereits geschaffene Tatsachen urkundlich festlegte. Drei Jahrhunderte später zerbrach der dreißigjährige Krieg den letzten Rest der wirtschaftlichen und politischen Macht Großdeutschlands, und damit war für das empfortretende Preußen die weitere zwei Jahrhunderte später erfüllte Möglichkeit einer kleindeutschen Konzentration gegeben. Wir stehen heute noch unter den Wirkungen jener Zeit, und der Ruf nach der inneren Umgestaltung Deutschlands will daher nicht verstummen. Unter allen Reaktionen, die dafür von verschiedenen Seiten so eifrig empfohlen werden, ist auch hier nur jenes annehmbar, das an bestehende wirtschaftliche Tatsachen anknüpft, also der Gedanke der Wirtschaftsprovinzen. Es ist bezeichnend, daß auch von einer Seite, die die republikanische Staatsautorität unter allen Umständen zu wahren entschlossen ist, der Plan der Steuergemeinschaften ausgearbeitet worden ist, der im Grunde nur eine weitere Vertiefung des Projektes der Wirtschaftsprovinzen darstellt. Von links und von rechts kommt man sich also in diesen Fragen, ohne es zu wissen und zu wollen, instinktiv entgegen, weil eben doch in allen Deutschen die Erkenntnis wach zu werden beginnt, daß Deutschland eine innere Neugestaltung braucht. Während nun damals die wirtschaftliche Tendenz der Territorialherren auf agrarische Vereinzelung und Zersplitterung des deutschen Territoriums ausging, und damit den politischen Zerfall Deutschlands vorbereitete, geht heute gerade von den Kreisen der wirtschaftlich Starken und der durch soziale Organisation Mächtig gewordenen gleichzeitig die Tendenz einer Zusammenfassung größerer Wirtschaftsgebiete aus. In den Symptomen ist die heutige Zeit jener vor 600 Jahren somit ähnlich, in ihren Wirkungen wird sie das Gegenteil erreichen. Die Produktion braucht Zusammenfassung, wo dem Grundbesitzer Vereinzelung nötig schien. Es wäre möglich, daß gerade die heutige wirtschaftliche Situation Deutschlands den Weg zu einer neuen Einheit eröffnet, die, gerade weil sie dem Wirtschaftskörper Deutschlands angepaßt sein müßte, leichter als irgend eine theoretisch erklügelte innerdeutsche Grenzverziehung alle vorhandenen Empfindlichkeiten überwinden könnte. Der Weg in diese Zukunft müßte allerdings von der Produktion und den Gewerkschaften gemeinsam beschritten werden. Dann wären auch alle Bedenken erledigt, die man rein theoretisch angehtlich der starken Politisierung wirtschaftlicher Mächte noch hegen kann. Schließlich ist immer der staatliche Zustand der Besten, der der Ausdruck einer wirtschaftlichen oder kulturellen Tatsache ist.

— Einschränkung der Freiheitsstrafen. Dem Reichstag ist der Entwurf eines Gesetzes zur Erweiterung des Anwendungsbereichs der Geldstrafe und zur Einschränkung der kurzen Freiheitsstrafen zugegangen. Der Hauptparagraf des Entwurfes lautet dahin, daß, wenn für ein Vergehen, für das nach den bestehenden Vorschriften Geldstrafe überhaupt nicht oder nur neben Freiheitsstrafe zulässig ist, Freiheitsstrafe von nicht mehr als einem Monat verwirkt ist, anstelle der Freiheitsstrafe auf Geldstrafe bis zu 50 000 M erkannt werden kann, wenn der Strafzweck durch eine Geldstrafe erreicht werden kann. Das Gesetz soll möglichst schon mit dem 1. Januar 1922 in Kraft treten. In der Begründung heißt es u. a., das Strafmittel der Geldstrafe sei in den geltenden Strafgesetzen nur in beschränktem Maße ausgenutzt. Das Verhältnis von Geldstrafe zu Freiheitsstrafe von Grund auf neu zu ordnen, müsse zwar der allgemeinen Reform des Strafrechts vorbehalten bleiben. Der Entwurf wolle aber bereits das Höchstmaß der Geldstrafen herausheben und die Geldstrafe mehr als bisher zum Ersatz der Freiheitsstrafe dienen lassen. Die seit langem erhobene Forderung, die kurzen Freiheitsstrafen einzudämmen, werde damit in der Hauptsache erfüllt.











